

SOZIALE REPUBLIK EUROPA

Text über die Globalisierung

Der Kampf gegen die wirtschaftsliberale Globalisierung, ist von zentraler Bedeutung für die Strategie der Sozialisten. In einer Welt mit atemberaubender Konzentration des Kapitals einerseits und einer Massenarmut nie zuvor gekannten Ausmaßes, andererseits, wird das Projekt der sozialen Demokratie und der ökologischen Wirtschaft eine der großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts.

Von den siebziger Jahren an haben mehrere Faktoren die wirtschaftliche Globalisierung beschleunigt: Fall der Transportkosten, Entwicklung der neuen Kommunikationstechnologien, Vernetzung der Finanzmärkte, Verfall des Bretton-Woods-Systems. So ist die Welt in ein neues Zeitalter des Kapitalismus eingetreten. Sein Hauptmerkmal ist die Dominanz der Finanzmärkte über die globalisierte Wirtschaft. Dieser transnationale Finanzkapitalismus, der seine Normen den anderen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft aufzwingt und sich seine sozial- und rechtlose Umwelt gestaltet, entzieht sich immer mehr den Regelungen der Staaten. Auf dieser Basis führt die wirtschaftliche Integration zur politischen und sozialen Desintegration. Die Märkte sollen von jeder Barriere frei sein. Beträchtliche Mengen an Kapital werden täglich bewegt, ohne Bezug zu der realen Wirtschaft auf der Basis von immer größeren spekulativen Erwartungen. Das Streben nach dem maximalen Ertrag ist die einzige Regel. Die Mobilität des Kapitals, zwingt allen ihre Logik auf. Sie verhindert langfristige Visionen und gesteuerte Entwicklungen. Die Krisen in Mexiko, Brasilien oder selbst in den ostasiatischen Ländern, die fälschlicherweise oft als liberale Erfolgsstory bezeichnet wurden, haben das gezeigt. Die Logik der Rendite siegt über die der Industrie.

Rechte, die die Arbeitnehmer durch Jahrzehnte von Kämpfen errungen haben, werden abgebaut. Arbeitsverhältnisse werden kurzfristig und unsicher; selbst moderne Betriebe müssen schließen, damit der Aktienkurs an der Börse steigt. Die Vermarktung menschlicher Aktivitäten kennt keine Grenzen. Alles ist Ware und Gewinnquelle: die ehemaligen öffentlichen Dienste, der Verkehr, die Gesundheit, das Wasser, die patentierten Gene, alles muss zur Ware werden.

Diese Vorherrschaft des transnationalen Finanzkapitals und der global players ist das zentrale Merkmal dessen, was allgemein als Globalisierung bezeichnet wird.

Diese neue Ära des Kapitalismus zwingt der ganzen Welt zunehmende Ungleichheiten auf, sowohl zwischen den Nationen als auch zwischen den sozialen Gruppen und den Individuen. Am Ende der 90er teilt sich das in den reichsten Ländern lebende Fünftel der Menschheit 86% des weltweiten BIP gegen weniger als 1% für das untere Fünftel. 1.2 Milliarden Menschen verfügen über weniger als 1 Dollar pro Tag. Diese Armut trifft nicht mehr nur Länder aus Afrika, Lateinamerika und Asien sondern auch die Staaten des ehemaligen Ostblocks und der ex-Sowjetunion.

Als Reaktion auf die Gewalt der Globalisierung und auf die Schwächung der Handlungskompetenz öffentlicher Institutionen droht überall ein Rückfall in Nationalismen, Ethnizismen oder religiösen Fundamentalismus. Viele Länder der 3. Welt verfallen in Bürgerkriege, in denen sich unterschiedliche Interessen um die Kontrolle von Rohstoffen schlagen. Das ist das Resultat der Strukturanpassungsprogramme und der Liberalisierung, die Weltbank, IWF und WTO in den letzten Jahren durchgesetzt haben.

Es entsteht allerdings auch eine starke Protestbewegung gegen diese liberale Globalisierung. Sie hat Kampagnen gegen die Zerstörung der Umwelt, den rücksichtslosen Abbau der natürlichen Ressourcen, die gentechnisch manipulierten Organismen, die Schuldenlast, die ausnahmslose Freihandelspolitik der WTO und das MAI Projekt der OECD geführt. Die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten müssen dieser Protestbewegung eine politische Perspektive geben, indem sie ein Projekt verfolgen, das sich auf die neue Weltöffentlichkeit stützt. Ziel ist ein neues Gleichgewicht zwischen dem, was durch Marktkräfte gesteuert werden kann, und dem, was die Demokratie selbst entscheiden muss.

- Reform der WTO:

Fünf Jahre nach Schaffung der WTO stellt Afrika weniger als 2% des Welthandels. Der Mechanismus zur Regelung der Streitfälle hat aus der WTO eine Art obersten Gerichtshof gemacht. Unter dem Vorwand Handelskonflikte zu lösen, zwingt dieser der EU hormonbehandeltes Rind aus den USA auf oder setzt die Artenschutznormen im Fischfang außer Kraft. Die derzeit von der WTO vertretenen Regeln sind mit Demokratie, Umweltschutz, sozialer Gesellschaftsordnung und der Nahrungsmittelsicherheit nicht vereinbar. Die Jahrtausendrunde die in Seattle begonnen werden sollte, hatte es als Ziel, den Aufgabenbereich der WTO auf Gebiete wie Bildung, Gesundheit, Biotechnologie, Gen-Patentierung und Investitionen (unter Aufnahme des multilateralen Investitionsabkommens MAI) zu erweitern und den Einfluss demokratischer Institutionen gegenüber den Multinationalen Unternehmen zu schwächen.

Die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten müssen neue Regeln für den Weltmarkt entwerfen:

Oberste Priorität muss die Reduzierung der weltweiten Ungleichheiten sein. Das Prinzip muss anerkannt werden, dass der Freihandel nicht die wirtschaftliche Kooperation ersetzen kann. Europa muss das Recht haben, den Handel mit weniger entwickelten Ländern durch spezifische Regeln im Rahmen des Lomé-Abkommens zu fördern. Diese Länder müssen das Recht haben, ihren Handel zu schützen, sofern das für ihre Entwicklung notwendig ist. Europa sollte das Entstehen von regionalen Zonen der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel fördern.

Europa muss die Beachtung der Hierarchie der Internationalen Normen durch die WTO erzwingen. Die Menschenrechtserklärung, die Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die Abkommen zum Schutz der Umwelt stehen über den Regeln des Handels. Die Welt kann nicht von einem Handelsgericht regiert werden. Darum muss es möglich werden, gegen die Entscheidungen der WTO durch die ILO, eine noch zu schaffende Umweltorganisation oder die Weltgesundheitsorganisation vorzugehen und gegen sie vor dem internationalen Gerichtshof zu klagen.

Das Gewicht der armen Länder muss verstärkt werden und die NGOs sollten anerkannt werden und zu allen Informationen Zugang haben wie das ja auch in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen der Fall ist. Die WTO sollte der UNO unterstellt werden, so wie das in der Charta von La Havanna 1951 vorgesehen war, bevor der Kongress der USA die Ratifizierung ablehnte, weil ihm der Text nicht liberal genug war.

- Einführung der Tobinsteuer:

Täglich werden 1800 Milliarden Dollar auf den Währungsmärkten bewegt. Mehr als 50% dieser Transaktionen haben keinen direkten Zusammenhang mit Güterverkehr, Dienstleistungen oder Investitionen. Man spekuliert auf kleinste Kursschwankungen, die man teils selbst hervorruft. Die Volatilität des Kapitals und plötzliche Bewegungen können binnen Stunden ganze Länder in die Rezession treiben. Trotz der Absichtserklärungen, die auf die Asienkrise folgten und die Notwendigkeit einer Neuordnung des internationalen Finanzsystems betonten, um das Scheitern von Weltwährungsfonds und Weltbank in Zukunft zu vermeiden, hat sich nichts verändert. Die Einführung einer Tobinsteuer auf internationale Transaktionen wäre Sand im Getriebe des internationalen Finanzkapitals. Gleichzeitig wäre sie eine Einkommensquelle für die Entwicklungshilfe. Europa kann hier eine Initiative ergreifen, indem es sich auf die immer größer werdende Zustimmung zu einer solchen Maßnahme setzt.. 50% des Währungshandels finden auf den Finanzplätzen in der Europäischen Union statt. Europa verfügt also über die kritische Masse die zu Einführung der Tobinsteuer nötig ist. Das Echo einer solchen Maßnahme ginge weit über die Grenzen Europas hinaus. Sie würde die Initiativen für diese Steuer in anderen Regionen des Erdballs beleben.

Die Tobinsteuer wird die Unordnung und die Ungleichheit von heute allein nicht beseitigen. Aber sie ist ein konkreter Vorschlag, um gegen die Dominanz der Finanzmärkte vorzugehen und mit einer globalen Umverteilung zu beginnen. Das ist eine Frage globaler Gerechtigkeit. Die geschätzten Einnahmen einer Tobinsteuer beziffern sich auf bis zu 250 Milliarden Dollar pro Jahr. Zum Vergleich: das Programm der Vereinten Nationen zur Entwicklungshilfe schätzt die Kosten einer Politik der Bekämpfung der schlimmsten Formen von Armut durch Zugang zu Wasser, Strom, medizinischen und schulischen Einrichtungen in der Dritten Welt auf 30-40 Milliarden Dollar pro Jahr. Die Tobinsteuer könnte die ersten globalen Strukturfonds speisen. So könnte man Entwicklungsunterschiede nach dem europäischen Vorbild bekämpfen und Infrastrukturen schaffen, wo derzeit das Gesetz des Stärkeren herrscht. Dafür müssen Sozialisten und Sozialdemokraten eintreten.

- Reform der internationalen Finanzordnung und Annullierung der Schulden:

Um darüber hinauszugehen, muss Europa eine tiefgreifende Reform der internationalen Finanzinstitutionen von Bretton-Woods vorschlagen. Eine Neu-Definition der politischen Ziele und der Zusammensetzung des IWF und der Weltbank ist geboten. Beide gehören unter die Kontrolle der Vereinten Nationen. Beiden sollten in Zukunft strukturelle Entwicklungspolitik fördern anstatt wirtschaftsliberaler Maßnahmen der strukturellen Anpassung. Diese Politik kann damit beginnen, dass der Schuldenerlass für die Länder der 3. Welt in die Tat umgesetzt wird. Viele Länder tragen an einer Zinslast, die die jährliche Entwicklungshilfe bei weitem übersteigt.

- Stärkung der internationalen sozialen Bewegung und Mobilisierung der SI.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten müssen diese Fragen in der SI auf die Tagesordnung bringen. Die SI muss zum Rahmen der internationalen Aktion in diesen Bereichen werden. Die Sozialisten müssen soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Landarbeiter-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen politisch unterstützen, denn diese tragen den Anspruch auf eine bessere Welt.